PFLANZENSCHUTZMITTELRECHT

NEUERUNGEN FÜR PROFESSIONISTEN UND PRIVATANWENDER MIT 26.11.2015

Beim Kauf und der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln sind mit **26. November 2015** europaweit zahlreiche Neuerungen für berufliche und private Anwender in Kraft getreten. Profimittel können nur mehr mit einer so genannten Ausbildungsbescheinigung (Sachkundenachweis) gekauft und verwendet werden. Für Kleingärtner gibt es nur mehr spezielle, für den Heim- und Kleingartenbereich geprüfte Pflanzenschutzmittel.

Hintergrund und rechtliche Grundlagen

Die EU hat 2009 mit drei Rechtsakten das Pflanzenschutzmittelrecht neu geregelt (Pflanzenschutzpaket). Durch die Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 über das Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittel-Zulassungsverordnung), die Richtlinie 2009/128/EG über einen Aktionsrahmen für die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutz-Rahmenrichtlinie) und die Verordnung (EG) Nr. 1185/2009 über Statistiken zu Pflanzenschutzmitteln (Pflanzenschutzmittel-Statistikverordnung) ist ein geänderter rechtlicher Rahmen entstanden. Zur Umsetzung der unionsrechtlichen Regelungen wurden sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene neue Rechtsgrundlagen in Kraft gesetzt.

Die **Inverkehrbringung** (Zulassung und Verkauf) von Pflanzenschutzmitteln fällt in Österreich in die Zuständigkeit des Bundes und wird im Pflanzenschutzmittelgesetz 2011 geregelt. Dieses Bundesgesetz enthält unter anderem die für die Ausführungsgesetzgebung der Bundesländer wesentlichen Grundsatzbestimmungen. Zur Ausführung der grundsatzgesetzlichen bzw. unionsrechtlichen Bestimmungen wurde auf Landesebene ein neues Pflanzenschutzmittelgesetz erlassen.

Seit 15. Juni 2012 ist bei der **Verwendung** (Lagern und Ausbringen) von Pflanzenschutzmitteln das Tiroler Pflanzenschutzmittelgesetz 2012 anzuwenden, welches unter anderem eine Trennung in berufliche und nicht nichtberufliche Verwender von Pflanzenschutzmitteln, ein Ausbildungsbescheinigungssystem sowie die verpflichtende Kontrolle von Pflanzenschutzgeräten vorsieht. Davon ausgenommen sind lediglich die im Forstgesetz 1975 vorgesehenen Maßnahmen zum Schutz von Holzgewächsen (**Pflanzenschutz im Wald**) sowie zum Schutz von Pflanzen vor Schädigungen durch jagdbare Tiere (**Wildschäden**). Die bundesrechtlichen Bestimmungen über den Verkauf von Produkten, die als Pflanzenschutzmittel zugelassen und im Pflanzenschutzmittelregister eingetragen sind (z.B. Wildverbissmittel) bleiben davon unberührt.

Bewertung und Prüfung von Wirkstoffen und Pflanzenschutzmitteln

Pflanzenschutzmittel sind dazu bestimmt, Pflanzen und Pflanzenerzeugnisse vor Schadorganismen zu schützen. Sie können allerdings auch Risiken und Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt in sich bergen, insbesondere wenn sie ungeprüft und ohne amtliche Zulassung in Verkehr gebracht oder unsachgemäß angewendet werden. Aus diesem Grund ist für Pflanzenschutzmittel ein Zulassungs- und Genehmigungsverfahren gesetzlich vorgeschrieben. Die Zulassung von Wirkstoffen und von Pflanzenschutzmitteln (Handelsprodukte) erfolgt in der EU jeweils getrennt.

Die Bewertung und Genehmigung von Wirkstoffen erfolgt auf EU-Ebene in einem Gemeinschaftsverfahren, in dem die Mitgliedstaaten mit der Europäischen Kommission und der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) beteiligt sind und Wirkstoffe von Pflanzenschutzmitteln insbesondere auf Umweltverträglichkeit, toxikologische Eigenschaften sowie auf das Rückstandsverhalten prüfen. In Österreich koordiniert die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) die Mitarbeit am EU-Gemeinschaftsverfahren.

Die Prüfung und Zulassung von Pflanzenschutzmitteln erfolgt auf nationaler Ebene und seit 2009 für jeweils eine Zone (Nord-, Mittel- oder Süd-Europa). In einem Verfahren der „gegenseitigen Anerkennung“ werden die Zulassungen auf weitere Mitgliedstaaten ausgedehnt. Nur solche Produkte, die genehmigte Wirkstoffe enthalten, dürfen zugelassen werden. In Österreich erfolgt die Zulassung durch das Bundesamt für Ernährungssicherheit (BAES) und wird per Bescheid ausgesprochen. Grundlage dafür bilden Bewertungsberichte und Gutachten der Expertinnen und Experten der AGES aus den Be-

reichen Toxikologie, Rückstandsverhalten, Umweltverhalten und Ökotoxikologie, Wirksamkeit und Pflanzenverträglichkeit sowie physikalisch-chemische Eigenschaften.

Auf Basis der Ergebnisse der Risikobewertung werden vom BAES im Zulassungsbescheid Maßnahmen zur Risikominderung vorgeschrieben und die diesbezügliche Produktkennzeichnung der Pflanzenschutzmittel festgelegt. Als weitere Maßnahmen zur Risikominderung, die vom Anwender umzusetzen sind, werden beispielsweise Abstandsauflagen zu Oberflächengewässern zum Schutz von aquatischen Nichtzielorganismen, Einschränkungen der Anwendung bei blühenden Kulturpflanzen zum Schutz der Bienen oder Wartezeiten, die zwischen letzter Behandlung und Ernte einzuhalten sind, vorgeschrieben.

Pflanzenschutzmittel dürfen nur dann in Österreich in Verkehr gebracht und angewandt werden, wenn sie entweder über eine Zulassung oder über eine Genehmigung für den Parallelhandel verfügen.

Verwendbare Pflanzenschutzmittel (Pflanzenschutzmittelregister - www.pmg.ages.at)

Pflanzenschutzmittel dürfen nur bestimmungs- und sachgemäß nach den Zulassungsbestimmungen (Auflagen und Bedingungen) verwendet werden. Unter Berücksichtigung der Aufbrauchfristen dürfen seit dem **1. Jänner 2015** nur mehr die im Pflanzenschutzmittelregister eingetragenen Pflanzenschutzmittel verwendet werden. Alle durch das BAES geprüften und zugelassenen oder genehmigten Pflanzenschutzmittel sowie Vertriebsweiterungen sind bis zum Ende der Aufbrauchfristen im Pflanzenschutzmittelregister mit einer fortlaufenden Nummer (Zulassungs- bzw. Pflanzenschutzmittelregister-Nummer) eingetragen. Weiters enthält es alle maßgeblichen Informationen über Einstufung und Kennzeichnung, Auflagen und Anwendungsbestimmungen sowie ausführliche Angaben zur Anwendung der Pflanzenschutzmittel. Diese Daten werden laufend aktualisiert und in einer Online-Datenbank im Internet veröffentlicht ([http://pmg.ages.at/pls/psmlfrz/pmgweb2\\$.Startup](http://pmg.ages.at/pls/psmlfrz/pmgweb2$.Startup)). Für die Recherche stehen verschiedene Suchoptionen zur Verfügung.

Die Aufbrauchfrist ist begrenzt und beträgt höchstens sechs Monate für den Verkauf und zusätzlich höchstens ein Jahr für den Verbrauch der Lagerbestände des betreffenden Pflanzenschutzmittels. Pflanzenschutzmittel, deren Zulassung oder Genehmigung ausgelaufen ist, für die aber noch eine Aufbrauchfrist besteht, können im Pflanzenschutzmittelregister über den Link „Neuzulassungen, beendete Zulassungen, Indikationsänderungen und Abverkaufsfristen“ abgerufen werden ([http://pmg.ages.at/pls/psmlfrz/pmgweb2\\$.webstat](http://pmg.ages.at/pls/psmlfrz/pmgweb2$.webstat)).

Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln (Weitergabe)

Mit wenigen Ausnahmen im Hinblick auf die Nachbarschaftshilfe und Tätigkeiten einer Einkaufsgemeinschaft, **ist jede Form der Weitergabe von Pflanzenschutzmitteln**, unabhängig davon, ob entgeltlich oder unentgeltlich, bei der die tatsächliche Verfügungsgewalt **an eine dritte Person** übergeht innerhalb der EU ein Inverkehrbringen derselben. In diesem Zusammenhang ist festzuhalten, dass die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen jedenfalls kein Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln darstellt. Nicht als Inverkehrbringen gilt die Rückgabe an den früheren Verkäufer. Zur näheren Erläuterung sind am Ende dieses Beitrages einige Beispiele aus der Praxis, insbesondere zur Nachbarschaftshilfe in der Landwirtschaft und Tätigkeiten einer Einkaufsgemeinschaft, angeführt.

Wer beabsichtigt Aktivitäten in Verbindung mit dem Inverkehrbringen von Pflanzenschutzmitteln auszuüben, muss sich beim BAES registrieren lassen und ist verpflichtet die einschlägigen Rechtsvorschriften einzuhalten.

Verkauf im Lebensmitteleinzelhandel

Bereits seit **1. Jänner 2014** gilt ein generelles "Verkaufsverbot für den Lebensmitteleinzelhandel": Pflanzenschutzmittel dürfen nicht in Betrieben, die ausschließlich oder überwiegend Lebensmittel in Verkehr bringen (Lebensmitteleinzelhandel), oder in Form der Selbstbedienung verkauft werden. Alle Pflanzenschutzmittel, auch die für den Haus- und Kleingarten, unterliegen dem "Selbstbedienungsverbot".

Beruflicher oder nichtberuflicher Verwender (Professionist oder Privatanwender)

Ein zentraler Punkt beim Kauf und der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist die Unterscheidung zwischen beruflichen (Professionisten) und nichtberuflichen Verwendern (Privatanwendern). Der Geltungsbereich von zahlreichen Bestimmungen und Verordnungen hängt davon ab.

Beruflicher Verwender ist, wer ungeachtet einer Erwerbs- oder Gewinnabsicht in einer beruflichen (betrieblichen) Tätigkeit Pflanzenschutzmittel verwendet bzw. im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit je-

manden beim Verwenden von Pflanzenschutzmitteln in einem Ausbildungsverhältnis anleitet oder beaufsichtigt, sowie eine Person, die über eine gültige Ausbildungsbescheinigung verfügt. Wer Pflanzenschutzmittel zur privaten Nutzung bzw. im Rahmen der privaten Lebensführung verwendet, gilt hingegen als nichtberuflicher Verwender. Kleinere Dienste im Rahmen der Nachbarschaftshilfe und Hilfeleistungen in der Familie (enge Auslegung) fallen nicht unter eine berufliche Tätigkeit.

Haus- und Kleingarten (Privat- bzw. Heimgartenbereich)

Für Kleingärtner (Privatanwender) sind mit **26. November 2015** einige wichtige Änderungen bei der Zulassung und dem Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in Kraft getreten. Im Haus- und Kleingarten (HuK) dürfen nur mehr Pflanzenschutzmittel angewendet werden, die speziell für ihre Verwendung im nicht-professionellen Bereich zugelassen **und** gekennzeichnet sind. Die Kennzeichnung hat ausdrücklich den Hinweis: „**Für die Verwendung im Haus- und Kleingartenbereich zulässig**“ zu enthalten.

Über die Eignung für den HuK-Bereich und ob ein Pflanzenschutzmittel zur Anwendung durch berufliche oder nichtberufliche Verwender zugelassen wird entscheidet das BAES im Rahmen des Zulassungsverfahrens. Kriterien sind unter anderem die toxikologischen und umweltrelevanten Eigenschaften der Pflanzenschutzmittel und der darin enthaltenen Wirkstoffe sowie die einfache Handhabung der Mittel oder Art und Größe der Verpackung.

Pflanzenschutzmittel für den HuK-Bereich müssen von ihren Eigenschaften her unbedenklich für den Anwender und die Umwelt sein und dürfen zumindest nicht als „sehr giftig“ (T+), „giftig“ (T) oder „ätzend“ (C) sowie „krebserzeugend“, „fortpflanzungsgefährdend“ oder „erbgutverändernd“ eingestuft oder gekennzeichnet sein. Die Zulassung von Produkten die gefährliche Eigenschaften wie z.B. „gesundheitsschädlich“ (Xn) oder „reizend“ (Xi) aufweisen, oder die ein besonderes Gefährdungspotenzial für den Naturhaushalt oder das Grundwasser aufweisen können, dürfen nur dann für den HuK-Bereich zugelassen werden, wenn durch Vorsehung geeigneter Auflagen und Bedingungen im Hinblick auf die Art der Formulierung, Dosiereinrichtung, Verpackung und Anwendungsform sichergestellt werden kann, dass bei bestimmungs- und sachgemäßer Anwendung eine Gefährdung von Mensch, Tier, Naturhaushalt und Grundwasser ausgeschlossen ist.

Pflanzenschutzmittel für den HuK-Bereich **zur Anwendung durch nichtberufliche Verwender** müssen zudem so beschaffen sein, dass sie ohne spezielle „pflanzenschützerische“ Kenntnisse von Privatanwendern sicher verwendet werden können. Hierfür sind auch Art und Größe der Verpackung auf die Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich abzustimmen und auf eine behandelbare Anwendungsfläche von höchstens 500 m² zu beschränken. Die speziellen Anforderungen sind notwendig, weil der Privatanwender in der Regel nicht ausreichend „sachkundig“ im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln ist und nur sehr eingeschränkt über eine allfällig notwendige Schutzausrüstung verfügt. Pflanzenschutzmittel **zur Anwendung durch berufliche Verwender** (Profimittel), die diese Kriterien nicht erfüllen, jedoch aber in Bezug auf die GefahrenEinstufung und die Risiken für die Umwelt den Anforderungen des HuK-Bereichs entsprechen, dürfen von **beruflichen Verwendern** im HuK-Bereich verwendet werden, vorausgesetzt die Zulassung umfasst eine entsprechende Indikation. Damit wird der Professionalität der beruflichen Verwender bei der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln Rechnung getragen und es können beispielsweise Auftragsarbeiten mit solchen Produkten ausgeführt werden.

Die entsprechenden Änderungen im Pflanzenschutzmittelregister wurden vom BAES vorgenommen. Haus- und Kleingartenprodukte sind anhand des „Anwendungsbereiches“ bei der jeweiligen Indikation (z.B.: Haus- und Kleingartenbereich: Freiland, Haus- und Kleingartenbereich: Unter Glas, Haus- und Kleingartenbereich: Büroräume, Wohnräume) zu finden. Eine gezielte Abfrage im Pflanzenschutzmittelregister nur nach Indikationen/Produkten für den HuK-Bereich wird voraussichtlich erst ab 2017 zur Verfügung stehen.

Auch wenn Pflanzenschutzmittel im HuK-Bereich einfach in der Handhabung sind und vergleichsweise günstige Eigenschaften haben, sollten sie dennoch verantwortungsvoll angewendet werden, denn anders als beispielsweise am Acker werden Flächen im Haus- und Kleingartenbereich intensiver genutzt, insbesondere auch von besonders sensiblen und damit schutzbedürftigen Personen (Kinder, ältere Personen usw.).

Voraussetzungen für berufliche Verwender (Professionisten)

Berufliche Verwender benötigen für die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln eine gültige Ausbildungsbescheinigung nach dem Tiroler Pflanzenschutzmittelgesetz, manchmal auch als „Pflanzenschutzführerschein“ oder „Sachkundenachweis“ bezeichnet. Seit **26. November 2015** wird die Sachkunde ausschließlich mit dieser Bescheinigung bestätigt. Jeder Professionist, mit Ausnahme von Per-

sonen, die Pflanzenschutzmittel im Rahmen einer Ausbildung unter Anleitung und Aufsicht einer Person mit Ausbildungsbescheinigung anwenden (z.B. Auszubildende), der Pflanzenschutzmittel lagert, zubereitet, innerbetrieblich befördert, ausbringt, etc. muss ab diesem Zeitpunkt einen gültigen Sachkundenachweis besitzen.

Die Ausbildungsbescheinigung ist seit **26. November 2015** auch für den Erwerb (Kauf) von Pflanzenschutzmitteln für berufliche Verwender erforderlich. Ab diesem Zeitpunkt dürfen Pflanzenschutzmittel, die für die berufliche Verwendung zugelassen sind (Profimittel), nur noch verkauft werden, wenn der Käufer zum Zeitpunkt des Erwerbs eine Bescheinigung vorlegt. Der Verkäufer muss bei der Abgabe prüfen, ob ein gültiger Sachkundenachweis vorliegt. Bei einer Abgabe an Stammkunden kann auf die regelmäßige Vorlage der Sachkundenachweise verzichtet werden, sofern die Sachkunde beim Verkaufsbetrieb dokumentiert ist und jederzeit nachvollzogen werden kann. Verkaufsbetriebe bzw. Handel müssen anhand betrieblicher Abläufe und entsprechender Mitarbeiterinformationen gewährleisten, dass die Abgabe nur an sachkundige Erwerber erfolgt.

Ein Verkauf ist auch zulässig, wenn die Rechnung auf einen Auftraggeber ohne Ausbildungsbescheinigung ausgestellt wird sofern dieser nachweislich die Verwendung (einschließlich Lagerung) von Pflanzenschutzmitteln übertragen hat und das Produkt ausschließlich dem Auftragnehmer übergeben wird. Der Auftragnehmer muss dabei im Besitz eines Sachkundenachweises sein.

Zur **Abholung** darf ein Händler Profimittel an nicht-sachkundige Personen nur dann abgeben, wenn es sich um auf dem Betriebsgelände des Erwerbers lebende oder arbeitende Familienangehörige oder Ehepartner, seine Mitarbeiter und/oder von ihm bevollmächtigte oder beauftragte Personen handelt. Die Lieferung ist in geeigneter Weise zu dokumentieren (z.B. mittels Unterschrift am Lieferschein). Bei einer Abholung durch nicht-sachkundige Personen beim Händler, müssen sich diese Personen entsprechend ausweisen und eine Vollmacht vorweisen, wenn der Verkäufer sie nicht kennt. Unzulässig ist die Abholung von Profimitteln durch eine nicht sachkundige Person, wenn diese nicht dem hier angeführten Personenkreis angehört und/oder keine Vollmacht vorweisen kann.

Spediteure oder Frächter, die Pflanzenschutzmittel lediglich transportieren (lassen), sind in der Regel am Verkauf nicht beteiligt und müssen deshalb nicht sachkundig sein (dessen ungeachtet muss ein allfälliger Transport gegebenenfalls den Bezug habenden Vorschriften über den Transport gefährlicher Güter entsprechen).

Ausbildungsbescheinigung (Sachkundenachweis)

Nur wer über die erforderlichen fachlichen Kenntnisse und Fertigkeiten verfügt und im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln, Chemikalien oder sonstigen giftigen Stoffen verlässlich ist, das heißt keine einschlägigen Verurteilungen oder Verwaltungsübertretungen hat, bekommt auf Antrag eine Bescheinigung ausgestellt. Die fachlichen Kenntnisse können über eine anerkannte berufliche oder schulische Ausbildung sowie durch einen Ausbildungskurs erworben werden. Der erworbene Sachkundenachweis verfügt über eine begrenzte Gültigkeit von sechs Jahren; für eine Verlängerung müssen Fortbildungen absolviert werden. Gültige Bescheinigungen können entzogen werden, wenn die Voraussetzungen für ihre Ausstellung nicht mehr vorliegen. Beispielsweise wegen einer schwerwiegenden Übertretung unter Gefährdung der Gesundheit von Menschen sowie der Umwelt oder wiederholt wegen sonstiger Übertretungen nach dem Tiroler Pflanzenschutzmittelgesetz. Ein neuer Sachkundenachweis kann frühestens zwei Jahre nach dem Entzug und einer neuerlichen Teilnahme an einem Ausbildungskurs ausgestellt werden.

Die Ausbildungsbescheinigung kann bei der Landwirtschaftskammer Tirol beantragt werden. Nähere Informationen über das Kursangebot und die Beantragung der Ausbildungsbescheinigung sind bei der Landwirtschaftskammer Tirol, Fachbereich Spezialkulturen und Markt, Pflanzenschutz zu finden (<https://tirol.lko.at/?+Pflanzenschutz+&id=2500,,2263990,6193>).

Bezug von Giften (Giftbezugsbewilligungen bzw. -bescheinigungen)

Da Pflanzenschutzmittel vollständig durch spezielles EU- und nationales Recht hinsichtlich Zulassung, Inverkehrbringung und Verwendung geregelt sind, ist ab **26. November 2015** mit der Ausbildungsbescheinigung keine besondere Berechtigung zum Bezug von Giften als Mittel zum Schutz von Pflanzen und Pflanzenerzeugnissen gemäß Chemikaliengesetz 1996 mehr notwendig (Giftbezugsbewilligungen und Bescheinigungen werden nicht weiter benötigt). Davon ausgenommen ist die Begasungssicherheitsverordnung, die sich sowohl auf Biozidprodukte als auch Pflanzenschutzmittel bezieht und bestimmte Regelungen für den Umgang mit besonders toxischen Begasungsmitteln beinhaltet, die weder durch EU-Recht noch durch andere nationale Rechtsvorschriften abgedeckt sind.

Im Umkehrschluss ermächtigt eine Berechtigung zum Bezug von Giften **nicht** zum Kauf und zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln, die für die berufliche Verwendung zugelassen sind (Profimittel). Hierfür wird eine gültige Ausbildungsbescheinigung benötigt.

Nichtberufliche Verwender (Privatanwender)

Personen ohne Ausbildungsbescheinigung dürfen seit dem **26. November 2015** nur mehr „weniger gefährliche“, für den Haus- und Kleingartenbereich bestimmte (zugelassene) Pflanzenschutzmittel, die ohne spezielle „pflanzenschützerische“ Kenntnisse von Privatanwendern sicher verwendet werden können und deren Packungsgröße auf die Anwendung im Haus- und Kleingartenbereich abgestimmt und auf eine behandelbare Anwendungsfläche von höchstens 500 m² beschränkt ist, kaufen und verwenden.

Alle anderen zugelassenen Pflanzenschutzmittel gelten als ausschließlich für die berufliche Verwendung geeignet (Profimittel) und dürfen nur von Personen verwendet und an solche verkauft werden, die sachkundig sind und über eine gültige Ausbildungsbescheinigung verfügen.

Da auch das Lagern zur Verwendung von Pflanzenschutzmitteln gehört, dürfen Privatanwender Produkte, die nicht für den Einsatz durch den nichtberuflichen Verwender zugelassen sind nicht mehr länger vorrätig halten.

Giftige Pflanzenschutzmittel (mit T+, T u. Xn gekennzeichnete Mittel) und Pflanzenschutzmittel, die nicht mehr in den Verkehr gebracht werden dürfen, können vom Letztverbraucher kostenlos an den Abgeber (Verkäufer) zurückgegeben werden, vorausgesetzt sie befinden sich in der Originalverpackung und ohne Beigabe anderer Stoffe.

Die gesetzlichen Vorschriften zur bestimmungs- und sachgemäßen Anwendung von Pflanzenschutzmitteln gelten ausnahmslos auch für nichtberufliche Verwender. So darf die Anwendung nur in den zugelassenen Anwendungsgebieten erfolgen und es sind die Anwendungsbestimmungen einzuhalten. Ein sorgfältiger Blick in die Gebrauchsanleitung genügt. Vor dem Kauf sollte man sich ausführlich über die Wirkung und sichere Anwendung des jeweiligen Pflanzenschutzmittels und über allfällige Alternativen beraten lassen.

Aufzeichnungen (Spritztagebuch)

Bei den Aufzeichnungen wird ebenfalls zwischen beruflichen und nichtberuflichen Verwendern unterschieden. Berufliche Verwender müssen über mindestens drei Jahre Aufzeichnungen über den **Erwerb** (Handelsbezeichnung, Pflanzenschutzmittelregister-Nummer und Menge) **und die Verwendung** von Pflanzenschutzmitteln führen (Spritztagebuch). Personen, die Pflanzenschutzmittel von beruflichen Verwendern anwenden lassen, müssen nur Aufzeichnungen über die verwendeten Pflanzenschutzmittel führen. Davon ausgenommen ist der Einsatz im Haus- und Kleingartenbereich oder auf Flächen unter 1.000 m², die nicht der land- oder forstwirtschaftlichen Produktion dienen.

Aufzeichnungen über die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln umfassen:

- a) die Handelsbezeichnung und die Pflanzenschutzmittelregister-Nummer des Pflanzenschutzmittels,
- b) die Verwendungszeit mit Datum, bei bienengefährlichen Pflanzenschutzmitteln zusätzlich die Uhrzeit (Beginn und Ende) der Anwendung,
- c) die Aufwandmenge pro ha oder die Konzentration, falls eine Aufwandmenge nicht vorgesehen ist,
- d) die Grundstücksnummer oder die Bezeichnung des Feldes sowie die Größe der behandelten Fläche,
- e) den Grund der Behandlung (Schadfaktor bzw. Schadorganismus),
- f) die Kultur, für die das Pflanzenschutzmittel verwendet wurde,
- g) den Namen und die Adresse des beruflichen Verwenders.

Eine Vorlage für ein Spritztagebuch findet sich online (https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/land-forstwirtschaft/agrar/bildung-schule-sicherheit/downloads/Spritztagebuch_v2014.pdf).

Lagerung, Schutzausrüstung und Pflanzenschutzgeräte

Pflanzenschutzmittel sind so zu lagern, dass Unbefugte, insbesondere Kinder, keinen Zugriff darauf haben. Sie sind zudem in verschlossenen oder wiederverschlossenen Handelspackungen aufzubewahren. Wenn kein zerstörungsfreies Öffnen und/oder kein ordentliches Verschließen angebrochener Packungen möglich sind, sind geeignete Behältnisse zu verwenden aus denen das Pflanzenschutzmittel nicht austreten kann und die keinen Anlass zu Verwechslungen bieten. Diese sind auf die gleiche Weise wie die Handelspackungen zu kennzeichnen.

Pflanzenschutzgeräte müssen so beschaffen sein, dass beim Ausbringen von Pflanzenschutzmitteln das Leben und die Gesundheit von Menschen und die Umwelt nicht gefährdet werden (z.B. Dichtheit, Schutzeinrichtungen) und die Mittel in Abstimmung auf die Indikationen nur in dem erforderlichen Ausmaß (z.B. Volumenstrom, Rührwerk, Verschluss, Druckanzeige, Verteilung bzw. Düsen) ausgebracht werden können. Geräte und alle Behältnisse, die für die Zubereitung von Pflanzenschutzmitteln verwendet werden, sind sorgfältig zu reinigen und dürfen nicht für andere Zwecke genutzt werden. Das hierbei anfallende Abwasser ist großflächig auf die mit diesem Mittel behandelten Flächen aufzubringen oder zu entsorgen.

Weiterführende, über diese allgemeinen Regelungen und Vorschriften hinausgehende Bestimmungen zur Lagerung von Pflanzenschutzmitteln, der Handhabung von Verpackungen und Restmengen sowie der Reinigung von Pflanzenschutzgeräten, werden in der Tiroler Pflanzenschutzmittelverordnung 2012 geregelt. Neben der erforderlichen Schutzausrüstung (entsprechend den Zulassungsbestimmungen [R- und S-Sätze]) sind in der Nähe des Lagerschranks eine Augendusche, ein Feuerlöscher der Brandklassen A, B und C sowie ein geeignetes Absorptionsmittel erforderlich. Die Tiroler Pflanzenschutzmittelverordnung gilt nur für berufliche Verwender.

Seit 17. Juni 2016 ist die Tiroler Pflanzenschutzgerätekontrollverordnung in Kraft. Sie enthält Vorschriften über den Umgang mit sowie die wiederkehrende Kontrolle von beruflich eingesetzten Pflanzenschutzgeräten. Diese Verordnung gilt ebenso nur für berufliche Verwender und Pflanzenschutzgeräte, die im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit verwendet werden.

Integrierter Pflanzenschutz (IP)

Pflanzenschutzmittel dürfen nur bestimmungs- und sachgemäß verwendet werden. Dabei sind die Grundsätze der guten Pflanzenschutzpraxis und des Vorsorgeprinzips zu befolgen sowie die in der Zulassung festgelegten und auf dem Etikett angegebenen Bedingungen (Indikationen).

Seit **1. Jänner 2014** haben alle beruflichen Verwender zusätzlich die Grundsätze des IP gemäß Anhang III der Richtlinie 2009/128/EG anzuwenden. Diese umfassen einerseits vorbeugende Maßnahmen wie Fruchtfolge, geeignete Kulturführung, Verwendung resistenter/toleranter Sorten, ausgewogene Düngung und Bewässerung, Hygienemaßnahmen zur Eindämmung von Schadorganismen und Maßnahmen zum Schutz/Förderung von Nützlingen. Andererseits verlangen sie auch die Überwachung der Schadorganismen, die Berücksichtigung wirtschaftlicher Schadens- und Bekämpfungsschwellen, die Wahl zielartenspezifischer Pflanzenschutzmittel, bestmögliche Pflanzenschutzmittel-Reduktion, Resistenzvermeidungsstrategien, die Bevorzugung nichtchemischer Methoden und eine Erfolgskontrolle.

Ziel des IP ist die gezielte Anwendung einer Kombination von Maßnahmen biologischer, biotechnologischer, chemischer, physikalischer, anbautechnischer oder pflanzenzüchterischer Art, wobei die Verwendung von chemischen Pflanzenschutzmitteln auf das unbedingt notwendige Mindestmaß beschränkt wird, um den Befall mit Schadorganismen so gering zu halten, dass kein wirtschaftlich unzumutbarer Schaden oder Verlust entsteht.

Pflanzenschutzmittel und Bienenschutz

Die Anwendung von als bienengefährlich gekennzeichneten Pflanzenschutzmitteln auf blühende Pflanzen ist grundsätzlich verboten. Pflanzenschutzmittel, die als bienengefährlich, mit Ausnahme der Anwendung nach dem Bienenflug bis 23:00 Uhr gekennzeichnet sind, dürfen auf blühende Pflanzen nur in diesem Zeitfenster angewendet werden. Die Behandlung muss immer so rechtzeitig abgeschlossen werden, dass der Spritzbelag des Pflanzenschutzmittels bis zum voraussichtlichen Flugbeginn der Bienen abgetrocknet ist.

Diese Bestimmungen gelten auch für nichtblühende Pflanzen, wenn sie von Bienen befliegen werden (z.B. Pflanzen mit extrafloralen Nektarien oder mit Honigtau in Folge von Blattlaustätigkeit), unabhängig von der Blüte innerhalb eines Umkreises von 30 m um Bienenstände sowie in der offensichtlichen Fluglinie der Bienen. Dabei ist immer auch darauf zu achten, dass Unter-, Zwischen- oder Randkulturen

während ihrer Blüte oder in Zeiten, in denen sie auch außerhalb ihrer Blüte von Bienen befliegen werden, nicht von bienengefährlichen Pflanzenschutzmitteln (Mischungen) getroffen werden.

Ausnahmen von den angeführten Beschränkungen gibt es nur für die Verwendung bienengefährlicher Pflanzenschutzmittel in bienensicher umschlossenen Räumen wie z.B. Gewächshäusern oder Folientunneln.

Nicht besonders gekennzeichnete (bienenungefährliche) Pflanzenschutzmittel gelten nur im Rahmen der durch die Zulassung festgelegten Aufwandmenge und Konzentration als bienenungefährlich.

Zur Verringerung einer Gefährdung der Bienen durch bienengefährliche Pflanzenschutzmittel hat der Imker für die Aufstellung und Erhaltung einer geeigneten Bienentränke zu sorgen, ausgenommen es steht eine ausreichende natürliche Wasserversorgung in unmittelbarer Nähe des Bienenstandes zur Verfügung.

Vorbeugender Schutz von Bienen und anderen bestäubenden Insekten

Im Rahmen des vorsorgenden Schutzes von Bienen und anderen bestäubenden Insekten sollte grundsätzlich die Behandlung blühender Pflanzen vermieden werden. Ist eine Behandlung nicht zu vermeiden, ist diese vorzugsweise gegen Abend bei abnehmendem oder beendetem Bienenflug durchzuführen. Blühende Unterkulturen (z.B. Löwenzahn) sind vor einer Behandlung am besten zu mulchen oder zu entfernen. Zum Schutz von Bienen und anderen bestäubenden Insekten ist die Abdrift von Pflanzenschutzmitteln aus der Behandlungsfläche heraus (z.B. in angrenzendes Nichtkulturland) zu vermeiden. Im Haus- und Kleingartenbereich sollte gänzlich auf die Verwendung von bienengefährlichen Pflanzenschutzmitteln und Bioziden (z.B. Ameisenmittel) verzichtet werden.

Mischungen von Pflanzenschutzmitteln

Bei Mischungen von Pflanzenschutzmitteln kann es Probleme mit der Mischbarkeit in der Spritze oder der Pflanzenverträglichkeit geben. Es kann aber auch eine Veränderung in Bezug auf die Bienengefährlichkeit eintreten, sodass Mischungen von zwei bienenungefährlichen Mitteln plötzlich bienengefährlich werden können. Beispielsweise können Tankmischungen von als bienenungefährlich zugelassenen und nicht besonders gekennzeichneten Pyrethroiden und Neonicotinoiden mit bestimmten Fungiziden, insbesondere mit den sogenannten DMI-Fungiziden (Demethylase-Inhibitor; Frac Code 3; hierzu gehören die Wirkstoffe aus der Gruppe der Triazole, Imidazole, Pyrimidine, Pyridine und Piperazine), bienengefährlicher sein als die Anwendungen der einzelnen Mittel in Spritzfolge in einem gewissen Zeitabstand.

Beim Mischen von Pflanzenschutzmitteln bzw. bei der Ausbringung von Tankmischungen, die nicht nachweislich erlaubt sind (z.B. laut Gebrauchsanweisung oder in einer Positivliste aufgeführte Pflanzenschutzmittel) gilt jedenfalls erhöhte Sorgfaltspflicht (Verwender muss sich kundig machen!). Wegen des erhöhten Risikos ist in blühenden Beständen (dazu gehören auch blühende Unkräuter) und an Pflanzen, die von Bienen befliegen werden, generell von der Ausbringung von Tankmischungen mit Insektiziden und oder Fungiziden abzuraten.

Zusammenfassung und Ausblick

Mit der Veröffentlichung des Pflanzenschutzpakets der EU 2009 sind beim Kauf und der Verwendung von Pflanzenschutzmitteln umfangreiche Neuerungen für berufliche und private Verwender in nationales Recht umgesetzt worden, welche nach Verstreichen der Übergangsfristen seit **26. November 2015** verbindlich einzuhalten sind.

Abschlussbemerkung und Hinweis

Jeder, der ein Produkt verwendet, kann das Pflanzenschutzmittel sicher anwenden, wenn er die Kennzeichnung und Gebrauchsanweisung liest und beachtet. Die Kennzeichnung auf der Verpackung des Mittels beinhaltet bereits all diese Informationen, wie sie auch auf Anfrage verpflichtend beim Verkauf weitergegeben werden müssen.

Diese Zusammenstellung dient ausschließlich der Information. Es wird darauf hingewiesen, dass nicht alle anzuwendenden Rechtsvorschriften aufgeführt wurden. Trotz sorgfältiger Prüfung aller Inhalte sind Fehler nicht auszuschließen und sämtliche Angaben erfolgen ohne Gewähr. Änderungen vorbehalten.

Amtlicher Pflanzenschutzdienst Tirol, DI Andreas Tschöll, Stand: 02.11.2016

Erläuternde Beispiele bezüglich Inverkehrbringung von Pflanzenschutzmitteln, insbesondere im Hinblick auf die „Nachbarschaftshilfe“ in der Landwirtschaft und Tätigkeiten einer „Einkaufsgemeinschaft“ (EKG)

Für das Inverkehrbringen in Form der „**Weitergabe**“ wird auf den Übergang der tatsächlichen Verfügungsgewalt über ein Pflanzenschutzmittel abgestellt, wobei die Art der (rechtsgeschäftlichen) Übertragung der Verfügungsgewalt an eine dritte Person (etwa durch Kauf) nur von untergeordneter Bedeutung ist.

Beispiel 1 – Nachbarschaftshilfe:

Analog zu § 2 Abs. 4 Z 4 der Gewerbeordnung handelt es sich bei der Nachbarschaftshilfe um Dienstleistungen mit land- und forstwirtschaftlichen Betriebsmitteln, die im eigenen Betrieb verwendet werden, für andere land- und forstwirtschaftliche Betriebe in demselben oder einem angrenzenden Verwaltungsbezirk.

Diese Tätigkeiten stellen kein Inverkehrbringen dar, solange der Landwirt, der die Nachbarschaftshilfe leistet (die Dienstleistung erbringt), „seine“ Pflanzenschutzmittel selbst verwendet und keine Pflanzenschutzmittel an einen Dritten weitergibt.

Anmerkung: als Nachbarschaftshilfe sind im allgemeinen Tätigkeiten eines Bauern (seiner Angehörigen) für einen anderen landwirtschaftlichen Betrieb anzusehen, die in der Erwartung oder der Abgeltung von ähnlichen oder gleichen Gegenleistungen für den eigenen landwirtschaftlichen Betrieb verrichtet werden.

Beispiel 2:

Der Leiter einer Einkaufsgemeinschaft (EKG) bezieht Pflanzenschutzmittel, lagert diese in bestimmten Räumlichkeiten und verteilt die Pflanzenschutzmittel in der Folge an die einzelnen Landwirte.

Hier liegt ein (neuerliches) Inverkehrbringen durch den Leiter der EKG vor.

Beispiel 3:

Der Leiter einer EKG verhandelt für deren Mitglieder den Preis für Pflanzenschutzmittel mit dem Verkäufer. Lieferschein und Rechnung lauten auf die einzelnen Landwirte und es erfolgt keine Verteilung oder Lagerung durch den Leiter der EKG (das heißt, die Pflanzenschutzmittel werden tatsächlich direkt an die Mitglieder der EKG geliefert).

Hier liegt kein Inverkehrbringen durch den Leiter der Einkaufsgemeinschaft vor, weil die Weitergabe der Pflanzenschutzmittel direkt vom Lieferanten an die einzelnen Landwirte erfolgt.

Beispiel 4:

Ein Maschinenring vermittelt einen Landwirt als Pflanzenschutzmitteltechniker. Dieser besorgt auf eigene Rechnung/Lieferschein die Pflanzenschutzmittel, bringt diese bei anderen Landwirten aus und verrechnet neben der Dienstleistung auch die Pflanzenschutzmittel.

Hier liegt analog zu Beispiel 1 kein Inverkehrbringen durch den Pflanzenschutzmitteltechniker vor, solange dieser nur die Pflanzenschutzmittel, die er selbst verwendet hat, in Rechnung stellt (in Zusammenhang mit der Dienstleistung), und keine Packungen von Pflanzenschutzmittel an andere Landwirte weitergibt.

Beispiel 5:

Wie Beispiel 4, nur werden die Rechnungen der Pflanzenschutzmittel auf die einzelnen Landwirte, bei denen die Ausbringung durch den Pflanzenschutzmitteltechniker erfolgt, ausgestellt bzw. die Pflanzenschutzmittel vom einzelnen Landwirt selbst erworben und auch übernommen. Bei den einzelnen Landwirten bzw. beim Pflanzenschutzmitteltechniker erfolgt die Lagerung der Pflanzenschutzmittel ausschließlich zur anschließenden Verwendung.

Hier liegt analog zu Beispiel 3 und 4 kein Inverkehrbringen durch den Pflanzenschutzmitteltechniker vor, sondern durch den ursprünglichen Lieferanten, entweder an die einzelnen Landwirte (wenn diese die Pflanzenschutzmittel tatsächlich übernehmen) oder an den Pflanzenschutzmitteltechniker (wenn dieser die Pflanzenschutzmittel übernimmt).

Zu den angeführten Beispielen ist anzumerken, dass diese nur plakativ sind und der tatsächliche Sachverhalt nach den jeweiligen Begleitumständen im Zusammenhang mit den vorliegenden Anhaltspunkten für eine EU-konforme Auslegung des Begriffes „Inverkehrbringen“ im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 1107/2009 in jedem Fall individuell zu beurteilen ist.